

<p style="text-align: center;"><b>SPD-Fraktion</b> ( Antrag Nr. 15-2652/2003 )</p>
--

---

## **Hainhölzer Freibad**

### **Antrag,**

Der Bezirksrat im Stadtbezirk Nord empfiehlt dem Rat der Landeshauptstadt Hannover folgendes Sanierungsziel für das Sanierungsgebiet Hainholz zu beschließen:

Das Hainhölzer Bad soll in seiner Funktion als Freibad, gegebenenfalls unter veränderten Rahmenbedingungen, erhalten werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Verwaltung, insbesondere der Bereich Sportstätten und Bäder und das Sachgebiet Stadterneuerung, aufgefordert, bis zum Sommer 2004 ein alternatives Nutzungskonzept gegebenenfalls in Varianten vorzulegen.

Zur Realisierung eines dauerhaft tragfähigen Konzeptes sind neben anderen Fördermitteln insbesondere Städtebaufördermittel zur Realisierung eines neuen Konzeptes oder für die Vergabe externer Gutachten zu aktivieren.

Neben der umfassenden Untersuchung unterschiedlicher Betreibermodelle für ein städtisches Bad, soll die Möglichkeit einer Einbindung von privaten Investoren bis hin zu einer Privatisierung des gesamten Bades oder auch Umbau zu einem Naturfreibad geprüft werden.

### **Begründung**

Wie schon in dem Interfraktionellen Antrag des Stadtbezirksrates Nord vom 24.11.2003 dargestellt, ist das Hainhölzer Bad ein nicht wegzudenkender Bestandteil des ohnehin knappen Infrastrukturangebotes im Stadtteil. Vor dem Hintergrund der Bemühungen im Rahmen des Sanierungsprogramms "Soziale Stadt" den Stadtteil aus der Abwärtsspirale heraus zu holen, ist die drohende Schließung des Bades das falsche Signal. Die Stadt ist hier in der Verantwortung gegenzusteuern.

Das Hainhölzer Bad ist außerdem einer der wichtigsten Standortfaktoren, wenn es darum geht die Außenwahrnehmung des Stadtteils positiv zu beeinflussen. Ohne dieses Angebot wird es schwerer werden, die Ansiedlung anderer sozial stabilisierender Bevölkerungsgruppen in den kommenden Jahren zu realisieren.

Auch vor dem Hintergrund des selbst gesetzten Zieles der Fokussierung der städtischen Haushaltsmittel auf die Soziale-Stadt-Gebiete ist die Stadt gefordert, der drohenden Schließung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegenzusteuern.

Hannover / 01.12.2003